

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Alexander Freier-Winterwerb (SPD) und Marcel Hopp (SPD)

vom 13. November 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. November 2024)

zum Thema:

Antisemitismusbekämpfung an der Humboldt-Universität zu Berlin

und **Antwort** vom 27. November 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 3. Dezember 2024)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Alexander Freier-Winterwerb (SPD) und

Herrn Abgeordneten Marcel Hopp (SPD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20 893

vom 13. November 2024

über Antisemitismusbekämpfung an der Humboldt-Universität zu Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht ohne Beziehung der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) beantworten kann. Die HU wurde um Stellungnahmen gebeten.

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Am 11.11.2024 sind die beiden Finanzreferent*innen des RefRats, gesetzlich AStA, der Humboldt-Universität zu Berlin zurückgetreten. In ihrem Rücktrittsschreiben erheben sie schwere Vorwürfe an den RefRat, da dieser wiederholt Arbeit gegen Antisemitismus verhindert hat und Mitglieder der Struktur selbst an antisemitischen, zumindest antiisraelischen, Veranstaltungen teilgenommen haben. Gleichzeitig nahmen am Gedenken zur Reichspogromnacht am 9. November Studierendenvertreter*innen teil, welche sich in sozialen Medien regelmäßig antisemitisch äußern, bspw. durch die Behauptung, der jüdische Staat Israel sei eine „Terrororganisation“. Deswegen frage ich den Senat:

1. Weshalb wurde dem Referat für Finanzen das Verfahren zur Installierung einer Antisemitismusbeauftragten entzogen?

2. Stellt dies einen Verstoß gegen die Beschlusslage des Studierendenparlaments dar, welches am 13.06.2024 im Beschluss über die Einsetzung einer Antisemitismusbeauftragten explizit schrieb: "Mit der weiteren Umsetzung wird das Referat für Finanzen beauftragt."?

Zu 1. und 2.:

Die HU teilt mit, dass die Verfahrensabläufe zu Stellenbesetzungen zwischen dem „Referent*innenrat“ (RefRat) und dem Studierendenparlament (StuPa) eigenständig entschieden, abgestimmt und umgesetzt werden. Gemäß der Finanzordnung der Studierendenschaft der HU werden Einstellungen von bezahlten Angestellten des RefRat beschlossen.

Der RefRat teilte hierzu auf Nachfrage der HU mit, dass es zwar üblich sei, dass ein bestimmtes Referat mit der Umsetzung von Beschlüssen des Studierendenparlaments beauftragt wird, dies bedeute jedoch nicht, dass die alleinige Entscheidungsbefugnis oder Verantwortung im genannten Referat liege.

Im konkreten Fall habe das ehemalige Referat für Finanzen bei der Umsetzung des Beschlusses zur Einrichtung einer Beratungsstelle zu Antisemitismus die formellen Prozesse missachtet, die im RefRat bei allen Einstellungsverfahren zu berücksichtigen sind. Darunter falle, dass Entscheidungen über die genaue Ausgestaltung einer neu einzurichtenden Stelle sowie über den Ablauf des Bewerbungsverfahrens und die Besetzung der Einstellungskommission vom gesamten RefRat und nicht von einem Referat bzw. einzelnen Referentinnen und Referenten getroffen werden. Zudem seien dem RefRat von Seiten des Finanzreferats Informationen zum Verfahren vorenthalten worden.

3. Weshalb wurden die Gespräche mit den Bewerber*innen durch den RefRat abgesagt?
4. Wird der RefRat das Bewerbungsverfahren fortführen oder wird eine Einstellung einer Antisemitismusbeauftragten nicht länger verfolgt?

Zu 3. und 4.:

Nach Angaben des RefRat der HU wurden die Bewerbungsgespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern lediglich um zwei Wochen vorschoben und sind mittlerweile abgeschlossen. Aktuell werden jüdische Studierende am Stellenbesetzungsverfahren beteiligt.

5. Wie bewertet die HU Berlin die Rechtmäßigkeit des Verfahrens zur Einstellung einer Antisemitismusbeauftragten und kann es die "Verfahrensfehler" bestätigen?

Zu 5.:

Laut Auskunft der HU konnten bis zum jetzigen Zeitpunkt Abweichungen von der internen, üblichen Verfahrenspraxis im RefRat festgestellt werden. Der RefRat beabsichtigt versäumte Verfahrensschritte nachzuholen, sodass aus Sicht der HU ein regelkonformer Abschluss des Verfahrens für möglich erachtet wird.

6. Beabsichtigt das Präsidium der HU Berlin aufgrund der Vorfälle von seiner Rechtsaufsicht gegenüber der verfassten Studierendenschaft Gebrauch zu machen?

Zu 6.:

Nach aktuellem Stand wird ein rechtsaufsichtliches Eingreifen von dem Präsidium der HU nicht für notwendig erachtet.

7. Wie bewertet das Präsidium der HU Berlin den Vorgang hinsichtlich der Sicherheit jüdischer Studierender, wenn antisemitismuskritische Arbeit im RefRat nicht mehr möglich ist?

Zu 7.:

Nach Angaben der HU wird Vorwürfen des Antisemitismus in der Studierendenschaft konsequent nachgegangen und diese, sofern sie zutreffend sind, streng geahndet.

Die Universität hat in den vergangenen Wochen eine Vielzahl von Projekten und Prozessen begonnen, die die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden von jüdischen Studierenden und Mitarbeitenden stärken soll. Dazu zählen u.a. Erweiterungen im Lehrangebot, die Einstellung einer Antisemitismusbeauftragten, eine Referent/innenstelle mit Schwerpunkt Antisemitismus, der Ausbau des Zentrums für Chancengerechtigkeit mit einem eigenen Bereich zu Antisemitismus, der Austausch mit jüdischen Institutionen, die Unterstützung der neuen antisemitismuskritischen HU-Gruppe Tacheles, Kunstprojekte, ein strenges Monitoring von möglichen Vorfällen sowie externe Expertise durch Beratungen und Workshops (z.B. durch OFEK).

8. Wie bewertet das Präsidium der HU Berlin die Teilnahme von mehreren Studierendenvertreter*innen am Gedenken zum 09.11 mit Präsidentin Julia von Blumenthal, die in der Vergangenheit bspw. auf der Plattform X Israel als "Terrororganisation" bezeichnet haben und sich regelmäßig antisemitisch äußern?

Zu 8.:

Das Präsidium der HU war an der Auswahl der Studierendenvertreter/innen nicht beteiligt. Die privaten Posts der Personen, gegen die jetzt der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wird, waren dem Präsidium zum Zeitpunkt der Veranstaltung nicht bekannt. Das Präsidium der HU ging den Vorwürfen umgehend nach und führte Einzelgespräche mit den betreffenden Studierenden. Die Leitung verurteilt jede Form des Antisemitismus ausdrücklich.

9. Wie möchte das Präsidium in Zukunft sicherstellen, dass das Andenken an die Ermordeten der NS-Zeit glaubhaft und würdevoll durch Vertreter*innen der HU stattfinden kann?

Zu 9.:

Die Wahrung eines würdigen Andenkens an die Ermordeten der NS-Zeit ist ein zentrales Anliegen der Leitung der HU. Aus diesem Grund werden entsprechende Veranstaltungen mit einer hohen Sensibilität, einem umfangreichen Sicherheitskonzept und in Absprache mit den betreffenden Expertinnen und Experten der Universität durchgeführt.

10. Beabsichtigt das Präsidium der HU Berlin mit der jüdischen Gemeinde in Kontakt zu treten, um das Gedenken am 9. November aufzuarbeiten und zu diskutieren?

Zu 10.:

Nach Angaben der HU steht das Präsidium in einem stetigen Austausch mit mehreren jüdischen Organisationen und Institutionen. Dabei werden auch regelmäßig aktuelle Ereignisse besprochen.

Berlin, den 27. November 2024

In Vertretung
Dr. Henry Marx
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege